

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, würdigt die Leistung des Deutschen Gewerkschaftsbundes an dessen 30. Geburtstag.

Seite 1/2

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), sieht in den jüngsten Wahlen eine Stärkung der SPD durch die Arbeitnehmer.

Seite 3

Hans Bückler MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innerdeutschen Ausschuß, signalisiert die Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen mit der DDR zum Ausbau der Zusammenarbeit.

Seite 4

Lothar Löffler MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß, wendet sich gegen bürokratische Hemmnisse, die den Bezug von Billig-Butter für kleine Betriebe des Bäckerhandwerks unmöglich machen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 195

10. Oktober 1979

30 Jahre DGB

Gemeinsam Demokratie und weiteren sozialen Fortschritt wagen

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

487 Delegierte aus 16 Einzelgewerkschaften kamen am 13. Oktober 1949 im Kongreß-Saal des Deutschen Museums in München zusammen, um den Deutschen Gewerkschaftsbund zu gründen. Die Bildung dieses Dachverbandes bedeutete nicht nur einen Teil des demokratischen Neubeginns, sondern auch das Ende der weltanschaulichen Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, deren Spaltung sich auf die deutsche Geschichte verhängnisvoll ausgewirkt hat.

Zum 1. Vorsitzenden des DGB wurde in München der Sozialdemokrat Hans Bückler gewählt, der in seiner Antrittsrede vor dem "Parlament der Arbeit" erklärte: "Es sollte niemals vergessen werden, daß wir es vor allem der Pflichttreue, der Disziplin und dem Anstand unserer deutschen Arbeitnehmerschaft zu verdanken haben, wenn Westdeutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht im Chaos versank."

Damals forulierte der DGB wirtschafts- und sozialpolitische Grundsätze, in denen eine Wirtschaftsordnung gefordert wurde, die soziale Ungerechtigkeit und Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen auch Arbeit und Existenz zusichert. Hierin wird der gemeinsame Ursprung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften deutlich. Im Auf und Ab der letzten hundert Jahre standen sie durchweg Seite an Seite im Kampf für die großen Ideen der Freiheit, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Diese Gemeinsamkeit ist von jeder Art der Bevormundung oder eines politischen Alleinvertretungsanspruchs weit entfernt. Schon am 31. Mai 1900 forderte der damalige SPD-Vorsitzende August Bebel in einem Vortrag die "politisch-religiöse Neutralität der Gewerkschaften um deren Einheit und Geschlossenheit willen". Dies sind Worte, die ein halbes Jahrhundert bei der Standortbestimmung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ihre Bestätigung fanden. Nach Bebels damaligem Vorschlag sollten die



Gewerkschafter in erster Linie "Arbeiterpolitik" betreiben, also eintreten für die Hebung der materiellen und sozialen Lage der breiten arbeitenden Schichten. Damit verlangte Bebel aber keineswegs politische Enthaltensamkeit. Er verlangte vielmehr, den politischen Kampf dort und so zu führen, wie es der einzelne Gewerkschafter für richtig hielt.

Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft hat den DGB in den letzten 30 Jahren zu einem Integrationsfaktor ersten Ranges gemacht. Ohne ihn wäre die Demokratie bei uns in Deutschland weit weniger gesichert. Deshalb darf an diesem Prinzip nicht gerüttelt werden.

In allen großen Auseinandersetzungen seit Kriegsende - im Kampf um Mitbestimmung, um das Betriebsverfassungsgesetz, um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Sicherung von Arbeitsplätzen - hat der DGB stets Respekt vor den gesellschaftspolitischen Partnern gezeigt. Die Gewerkschaften haben sich wohl gehütet, den Bogen zu überspannen. Sie haben von ihrem Streikrecht maßvoll Gebrauch gemacht und so unnötige Belastungen vermeiden helfen.

Vom Selbstbewußtsein und der Stärke der Gewerkschaften hängt es maßgeblich ab, ob sich gesellschaftliche Reformen und der soziale Rechtsstaat weiterentwickeln lassen. Das erfordert die Solidarität aller Arbeitnehmer, Aktive Beschäftigungspolitik, Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich, soziale Sicherung und Ausbau qualifizierter Bildungsangebote - das sind nicht zufällig auch Schwerpunkte sozialdemokratischer Arbeitnehmerpolitik.

Deshalb werden wir allen Versuchen, den Einfluß und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften zurückzudrängen, eine entschiedene Abfuhr erteilen. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die Kampagne jener Kräfte in der CSU und auch in Teilen der CDU, die Einheitsgewerkschaft in Frage zu stellen. Sie zeigen einmal mehr, daß sie nicht in der Lage sind, die Interessen der deutschen Arbeitnehmer zu vertreten.

30 Jahre DGB bestärken uns Sozialdemokraten in unserer Verbundenheit und weitgehenden sachlichen Übereinstimmung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund: Laßt uns gemeinsam Demokratie und weiteren sozialen Fortschritt wagen. Laßt uns nicht müde werden im Kampf für mehr Gerechtigkeit, für mehr Solidarität, national wie international.

(~/9.10.1979/hi/hgs)



Mit der Arbeitnehmerschaft gewonnen

Zu den Ergebnissen der Bürgerschaftswahlen in Bremen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Bei der Diskussion über die Ergebnisse der "Grünen" in Bremen ist ein beachtenswerter, für die politische Entwicklung wichtiger Sachverhalt in den Hintergrund geraten. Es ist dies der Zuwachs an Stimmen und Vertrauen, den die SPD vor allem in den Wahlbezirken mit hohen Arbeitnehmeranteilen erreicht hat. In den Wahlanalysen finden sich darüber zumeist nur wenige Sätze wie diese: "Die SPD hat ihre höchsten Stimmenanteile traditionell in den Wohngebieten der Arbeiter. In diesen Hochburgen lagen ihre Gewinne bei den Wahlen am Sonntag doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt."

Was hier buchhalterisch festgestellt und überwiegend unter dem Begriff der Tradition registriert wird, ist in Wahrheit ein politisch bedeutsamer Vorgang. Das wird sofort offenbar, wenn man sich an die gezielte Meinungsmache der CSU-Strategen in den letzten Wochen erinnert. "In die Arbeiterschaft einzubrechen", mit "populistischen Methoden Arbeiterstimmen zu gewinnen", den Sozialdemokraten zu zeigen, was eine Harke ist, und was darin hängen bleibt, wenn Strauß sie benutzt - diese überheblichen, aus dem CSU-Lager lancierten Voraussagen sind Legion.

Was an Stimmungsmache beabsichtigt war, hat gerade in der Arbeitnehmerschaft nicht verfangen, sondern im Gegenteil Widerstand und Ablehnung verstärkt. Bremen steht dafür. Auch im Ruhrgebiet ist die Gemeinschaftsrechnung von westfälischer CDU und Franz Josef Strauß nicht aufgegangen. Bei den kommunalen Nachwahlen im Hessischen hat ebenfalls die Arbeitnehmerschaft die sozialdemokratische Position gestärkt.

Die Attacken aus dem CSU-Lager gegen die Einheitsgewerkschaften, die nicht vergessen gemacht werden können, die abfälligen und zynischen Kommentare der CSU zu dem Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms, ihr gestörtes Verhältnis zur Sozialstaatlichkeit und die Kampagnen gegen die Mitbestimmung signalisieren, was Strauß unter der "großen Wende" im Blick auf die Arbeitnehmerschaft versteht. Das ist und bleibt in der Diskussion der Arbeitnehmer bewußt. Und das kann durch nichts wegtaktiert werden. Die politischen Ausgangspositionen für die 80er Jahre werden deutlicher.

Die letzten Wochen haben eine positive und wohl auch folgenreiche Erfahrung vermittelt: Stimmungsmache reicht nicht! Das ist Warnung und Ermunterung. Warnung an die Adresse derjenigen, die das Ringen um die Politik und die Sicherheiten der 80er Jahre zu einem rüden Schlagabtausch verkommen lassen wollen. Und Ermunterung für die Sozialdemokraten, zusammen mit der Arbeitnehmerschaft dafür zu sorgen, daß deren Interessen, Erwartungen und Hoffnungen in den Wahlauseinandersetzungen Gewicht und Profil erhalten. Das heißt, Vertrauensarbeit zu leisten. Die daraus erwachsende Anteilnahme ist wesentliche Voraussetzung für Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung.

Wir begnügen uns nicht damit, allein festzustellen, daß die CSU-Spekulationen in den letzten Regionalwahlen nicht aufgegangen sind. Wir stecken unser politisches Ziel weiter. Gegründet auf die Erfahrungen der letzten Wochen wollen wir die CSU-Spekulationen umkehren, indem wir Kraft, Zeit und Energie darauf konzentrieren, zum Beispiel auch in weiten Bereichen Süddeutschlands zusammen mit der Arbeitnehmerschaft bisherige Wahlergebnisse zu korrigieren. Das kann politisch mehr ändern, als in den ersten Kommentaren nach der Bremer Wahl deutlich geworden ist. (-/10.10.1979/va-he/hgs)



SPD ist zu weiteren Kontakten bereit

Der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der DDR steht nichts im Wege

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innerdeutschen Ausschuß

Auf den untrennbaren, die Außen- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition seit zehn Jahren bestimmenden Zusammenhang zwischen der Anerkennung der politischen, gesellschaftlichen und der in Europa nach dem 2. Weltkrieg historisch gewachsenen und durch ihn erzeugten Realität und dem Willen zum Frieden, hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt 1969 in seinem Buch "Strategie des Gleichgewichts" hingewiesen.

Jetzt, zehn Jahre danach, ist für alle offensichtlich, welche Bedeutung dieser Zusammenhang für eine Friedenspolitik in Europa und in Deutschland hat.

Dies heißt einerseits, daß wir in politische Schizophrenie verfallen würden, betrieben wir neben der Friedenspolitik jene illusionistische Wiedervereinigungsdebatte der 50er Jahre, die in unserem Volk nur irrationale Hoffnungen weckte, aber nichts erreichen konnte. Andererseits ist im positiven Sinn die dreißigjährige Geschichte der beiden deutschen Staaten mit ihren Nachbarn in West- und Osteuropa.

Wahrscheinlich nicht von ungefähr erinnerte der Staatsratsvorsitzende, Erich Honecker, in seiner Rede auf der Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR an dieses Wort des Bundeskanzlers. Er erklärte: "Da die Bereitschaft der DDR hierzu vorhanden ist, sehen wir durchaus die Möglichkeit, eine Reihe von Fragen zu klären, die weitere Fortschritte zur Sicherung des Friedens und zur Abrüstung bringen."

Tatsächlich können beide deutsche Staaten ihren Beitrag für wirksame Fortschritte in der Abrüstung leisten: "Wir sollten beiderseits den allgemeinen Prozeß der Zusammenarbeit, der Entspannung in Europa durch eigene Mitwirkung, zum Beispiel bei Abrüstung und Begrenzung, fördern und stützen", erklärte Helmut Schmidt am 17. Mai 1979 vor dem Deutschen Bundestag.

Es ist zu begrüßen, daß der Staatsratsvorsitzende auf dieses Angebot eingegangen ist und die Bereitschaft der DDR zur "Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in Fragen der Abrüstung und im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz" bekundet hat.

Wenn es zwischen beiden deutschen Staaten bei der Aufrechterhaltung des Friedens eine Interessen-Identität gibt, dann muß es sie auch geben bei allen Schritten und allen Maßnahmen, die diesen Frieden fördern und stützen sollen. Und dazu gehört in erster Linie die Abrüstung.

Daß es diese Übereinstimmung nicht in allen Bereichen der Politik und der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gibt, liegt in der Natur der Realität in Deutschland.

Aber hier muß es im Interesse der Bürger weitergehen. Das betrifft in erster Linie die Verbesserung der Verkehrsverbindungen, die sehr dringliche Frage des Gewässerschutzes, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung sowie weitere Reiseerleichterungen in beiden Richtungen. Und vieles wäre noch hinzuzufügen.

Wir sind realistisch genug, die Verhandlungsziele und -erwartungen nicht zu hoch anzusetzen. Die Bereitschaft von unserer Seite ist vorhanden, Gutes zuwege zu bringen. Der Wiederaufnahme der Verhandlungen steht nichts im Wege. Die Willensbekundungen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker müssen an den Taten zu messen sein. Die SPD ist bereit, ihre Politik fortzusetzen, die Kontakte zwischen den Deutschen zu vermehren, politische Spannungen abzubauen und die Zusammenarbeit auszubauen, wo immer es möglich ist.

(-/10.10.1979/hi/hgs)



Auch kleine Bäcker brauchen billige Butter

Zum Ärger über den Butterberg noch der Verdruß mit den Behörden

Von Lothar Löffler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Aus Brüssel ist zu hören, daß in diesem Jahr wieder 100.000 t Butter aus der EWG ausgeführt werden. Angesichts des wachsenden Butterberges eine erfreuliche Nachricht - möchte man meinen. Ein Haken ist jedoch an der Sache, der dem deutschen Steuerzahler und Verbraucher nicht gefallen dürfte. Für diesen Export müssen nämlich fast 600 Millionen DM an Erstattungen (sprich: Ausfuhrsubventionen) von der EG aufgebracht werden. Rund ein Drittel dieses Betrages muß die Bundesrepublik tragen.

Über die verfehlte EG-Milchmarkt-Politik soll hier nicht räsoniert werden. Die Überschußproduktion zwingt uns geradezu, solche Ausfuhrgeschäfte zu tätigen, damit die Kühllhäuser etwas entlastet werden. Den Vorteil haben die Empfängerländer. Nicht einzusehen ist hingegen, daß unseren selbständigen Bäcker- und Konditormeistern der gleiche Vorteil verweigert wird. Ein großer Betrieb, der im Monat fünf t Butter verarbeiten kann, braucht für das Kilogramm Butter nur ca. 2,60 DM statt 8,02 DM zu bezahlen. Der kleine Gewerbetreibende kommt nicht in den Genuß dieser Vergünstigung; denn nach Auffassung der Behörden sind fünf t die Mindestmenge, die noch daraufhin kontrolliert werden kann, ob die Butter tatsächlich in Gebäck, Torten und Eiscrem wandert und nicht unter der Hand zu einem niedrigen Preis in den Handel gerät. Tatsächlich ist diese Gefahr nicht sehr groß; denn Bäcker handeln nicht mit loser Butter. Aus ihren Wareneingangsbüchern und den Rezepten wäre zu ersehen, wieviel Butter sie im Monat benötigen. An dieser Menge könnte sich der zulässige Bezug von verbilligter Butter orientieren. Stichproben wären geeignet, die Kontrollen noch zu vervollständigen. Das Hindernis liegt also offensichtlich bei den Behörden, wobei offengelassen werden soll, ob es sich um deutsche oder um EG-Behörden handelt.

Überperfektion führt nicht in allen Fällen zu strikter Einhaltung von Bestimmungen; aber mit Sicherheit erzeugt sie Verärgerung bei den Betroffenen. In diesem Fall sogar mit Recht. Hier sollte die Bundesregierung den Behörden in Brüssel etwas Dampf machen, damit bei allem Ärger über den europäischen Butterberg wenigstens die Verbraucher und die kleinen Gewerbetreibenden im Backgewerbe einen geringen Vorteil haben.

(-/10.10.1979/hl/hgs)

